

Verordnung über das Strafregister (VOSTRA-Verordnung)

vom 29. September 2006 (Stand am 1. März 2017)

Der Schweizerische Bundesrat,

gestützt auf Artikel 367 Absätze 3 und 6 des Strafgesetzbuches¹ (StGB)
und auf Artikel 46a des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes
vom 21. März 1997²,

verordnet:

1. Abschnitt: Gegenstand

Art. 1

Diese Verordnung regelt für das Strafregister-Informationssystem VOSTRA nach den Artikeln 365–371a StGB insbesondere:³

- a. die verantwortliche Behörde;
- b. die zu erfassenden Daten, die Datenbearbeitungsrechte und den Zeitpunkt der Eintragung;
- c. die Entfernung von Daten;
- d. die beteiligten Behörden und ihre Eintragungs-, Melde- und Mitwirkungspflichten;
- e. die Bekanntgabe von Daten;
- f. das Auskunftsrecht der betroffenen Personen;
- g. die Datensicherheit und die technischen Anforderungen;
- h. die Gebühren und die Aufteilung der Kosten;
- i. die Verwendung von VOSTRA-Daten zu Forschungs-, Planungs- und Statistikzwecken.

AS 2006 4503

¹ SR 311.0

² SR 172.010

³ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

2. Abschnitt: Verantwortliche Behörde

Art. 2

¹ Das Bundesamt für Justiz (BJ) trägt die Verantwortung für VOSTRA.

² Es koordiniert die Tätigkeiten der an VOSTRA angeschlossenen Behörden und Stellen und achtet darauf, dass diese ihre Aufgaben vorschriftsgemäss erfüllen.

³ Es unterstützt die an VOSTRA angeschlossenen Behörden und Stellen bei der Lösung von Anwendungsproblemen und führt Grund- und Weiterbildungskurse für die Bearbeitung von Strafregerdaten durch.

⁴ Es kontrolliert, ob die Daten vorschriftsgemäss bearbeitet werden und ob sie vollständig, richtig und nachgeführt sind. Zu diesem Zweck ist es berechtigt, auf die Protokolle zuzugreifen. Darüber hinaus kann es Einblick in Dokumente nehmen, die Grundlage für die Eintragung oder Bekanntgabe waren, soweit dies zur Durchführung der Kontrollen nötig ist. Es kann fehlerhafte Eintragungen in VOSTRA selbständig berichtigen oder die für die Eintragung zuständigen Stellen zur Berichtigung auffordern.

⁵ Es erteilt und entzieht die individuellen Bearbeitungsrechte.

⁶ Es erlässt Weisungen für die Führung und die Benutzung von VOSTRA, namentlich das Bearbeitungsreglement.

3. Abschnitt: Zu erfassende Daten, Datenbearbeitungsrechte und Zeitpunkt der Eintragung

Art. 3 Urteile

¹ In VOSTRA werden eingetragen:

- a. die Verurteilungen durch zivile und militärische Strafbehörden wegen Verbrechen oder Vergehen des StGB, des Militärstrafgesetzes vom 13. Juni 1927⁴ (MStG) oder anderer Bundesgesetze, mit Ausnahme der in Artikel 9 Buchstabe b erwähnten Fälle;
- b. freisprechende Urteile durch zivile und militärische Strafbehörden wegen Verbrechen und Vergehen des StGB, des MStG und anderer Bundesgesetze, sofern eine Massnahme angeordnet worden ist, mit Ausnahme der in Artikel 9 Buchstabe c erwähnten Fälle;
- c. die Verurteilungen wegen Übertretungen des StGB, des MStG oder anderer Bundesgesetze, wenn:
 1. eine Busse von mehr als 5000 Franken oder gemeinnützige Arbeit von mehr als 180 Stunden verhängt wird,
 2. die urteilende Behörde im entsprechenden Bundesgesetz ausdrücklich ermächtigt oder verpflichtet wird, bei einer erneuten Wiederhandlung ei-

⁴ SR 321.0

ne Busse mit einer bestimmten Mindestgrenze oder neben einer Busse eine Geldstrafe oder eine Freiheitsstrafe auszusprechen, oder

3.5 ein Tätigkeitsverbot oder ein Kontakt- und Rayonverbot verhängt wird;

- d. die Verurteilungen wegen Übertretungen, die nach Buchstabe c nicht einzutragen sind, wenn sie Teil eines Urteils bilden, das einzutragen ist;
- e. die Urteile, die gegen Schweizerinnen und Schweizer im Ausland ergangen sind und die dem BJ gemäss dem Europäischen Übereinkommen vom 20. April 1959⁶ über die Rechtshilfe in Strafsachen und den bestehenden Staatsverträgen gemeldet werden, sofern die Eintragungsvoraussetzungen erfüllt sind, die nach dem StGB (Art. 366 Abs. 1 und 2 Bst. c) und dieser Verordnung für vergleichbare schweizerische Urteile gelten.

² Die Eintragung von Urteilen gegen Jugendliche richtet sich nach Artikel 366 Absätze 3 und 3^{bis} StGB.⁷

³ Verurteilungen mit bedingtem oder teilbedingtem Strafvollzug werden mit dem entsprechenden Hinweis eingetragen (Art. 42 und 43 StGB, Art. 36 und 37 MStG und Art. 35 des Jugendstrafgesetzes vom 20. Juni 2003⁸ [JStG]).

Art. 4 Sanktionen

¹ Bei der Eintragung von Urteilen werden in VOSTRA als Sanktionen eingetragen:

- a. die Hauptstrafen;
- b. die Nebenstrafen;
- c. die im Grundurteil durch das Gericht verhängte Ersatzfreiheitsstrafe (Art. 106 Abs. 2 StGB und Art. 60c Abs. 2 MStG⁹);
- d. die therapeutischen Massnahmen und die Verwahrung (Art. 59–61, 63 und 64 StGB);
- e. die Friedensbürgschaft (Art. 66 StGB);
- e^{bis}.¹⁰ die Landesverweisung, sofern sie in der Schweiz angeordnet worden ist (Art. 66a und 66a^{bis} StGB und Art. 49a und 49a^{bis} MStG);
- f.¹¹ das Tätigkeitsverbot (Art. 67 StGB und Art. 50 MStG) und das Kontakt- und Rayonverbot (Art. 67b StGB und Art. 50b MStG);
- g. das Fahrverbot (Art. 67b StGB und Art. 50a^{bis} MStG);

⁵ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁶ SR 0.351.1

⁷ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁸ SR 311.1

⁹ SR 321.0

¹⁰ Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

¹¹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

- h. die Degradation (Art. 35 MStG);
- i. der Ausschluss aus der Armee (Art. 48 und 49 MStG).

² Die Eintragung von Sanktionen bei Jugendlichen richtet sich nach Artikel 366 Absätze 3 und 3^{bis} StGB.¹²

Art. 5 Nachträgliche Entscheide

In VOSTRA werden folgende nachträglichen Entscheide eingetragen, die eine Änderung vorhandener Eintragungen herbeiführen:

- a. der Widerruf oder Nichtwiderruf des bedingten oder teilbedingten Strafvollzugs; einzutragen sind auch die Folgen eines Widerrufs oder Nichtwiderrufs: die Gesamtstrafe, die Verwarnung, die Verlängerung der Probezeit, die Anordnung von Bewährungshilfe und die Erteilung von Weisungen (Art. 46 und 95 StGB, Art. 40 MStG¹³ und Art. 35 Abs. 2 JStG¹⁴ in Verbindung mit Art. 31 JStG);
- b. der durch ein Gericht angeordnete Ersatz einer Sanktion durch eine andere Sanktion im Sinne der Artikel 62c Absätze 3, 4 und 6, 63b Absatz 5, 65 Absätze 1 und 2 StGB sowie Artikel 32 Absatz 4 JStG;
- c.¹⁵ bei Tätigkeitsverboten oder Kontakt- und Rayonverboten:
 1. die Aufhebung des Verbots (Art. 67c Abs. 4–6 StGB, Art. 19 JStG, Art. 50c Abs. 4–6 MStG),
 2. die inhaltliche oder zeitliche Einschränkung des Verbots (Art. 67c Abs. 4 und 5 StGB, Art. 18 JStG, Art. 50c Abs. 4 und 5 MStG),
 3. die inhaltliche Erweiterung des Verbots (Art. 67d Abs. 1 StGB, Art. 18 JStG, Art. 50d Abs. 1 MStG),
 4. die Anordnung eines zusätzlichen oder nachträglichen Verbots (Art. 67d Abs. 1 und 2 StGB, Art. 18 und 19 Abs. 4 JStG, Art. 50d Abs. 1 und 2 MStG),
 5. die zeitliche Verlängerung des Verbots (Art. 67 Abs. 6 und 67b Abs. 5 StGB, Art. 18 JStG, Art. 50 Abs. 6 und 50b Abs. 5 MStG),
 6. die Anordnung oder Aufhebung der Bewährungshilfe (Art. 67c Abs. 7 StGB, Art. 50c Abs. 7 MStG).

Art. 6 Vollzugsentscheide und Vollzugsdaten¹⁶

¹ In VOSTRA werden folgende Entscheide eingetragen, die den Vollzug der Strafen oder Massnahmen betreffen:

¹² Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

¹³ SR 321.0

¹⁴ SR 311.1

¹⁵ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

¹⁶ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

- a. die Entscheide der zuständigen Behörde oder des Gerichts nach den folgenden Bestimmungen:
 1. StGB: Artikel 62 Absätze 1–4, 62a Absätze 1–3 und 5, 62c Absätze 1–4, 63a Absatz 2, 63b Absätze 2, 4 und 5, 64a Absätze 1–3, 95 Absätze 4 und 5, 86 (einschliesslich der bedingten Entlassung aus einer Umwandlungsstrafe), 87 und 89 Absatz 2,
 2. JStG¹⁷: Artikel 18, 19, 28 Absatz 1, 29 Absätze 1–3 und 31 Absätze 1–3;
- b. die Begnadigung und die Amnestie.

² Ist gegen eine Person in der Schweiz ein Tätigkeitsverbot oder ein Kontakt- und Rayonverbot nach StGB oder MStG¹⁸ ausgesprochen worden, so muss die für den Vollzug einer Freiheitsstrafe oder freiheitsentziehenden Massnahme zuständige Vollzugsbehörde das entsprechende Eintritts- und Austrittsdatum in VOSTRA eintragen, sofern das Urteil, das die Grundlage für den Freiheitsentzug bildet, ebenfalls in VOSTRA eingetragen werden muss.¹⁹

³ Enthält ein Urteil ein Tätigkeitsverbot oder ein Kontakt- und Rayonverbot nach StGB oder MStG und wurde beim Vollzug dieses Urteils der bedingte Straf- oder Massnahmenvollzug widerrufen, so ist die endgültige Entlassung aus der vollständig vollzogenen Freiheitsstrafe oder die endgültige Entlassung gemäss Artikel 62b Absatz 2 StGB in VOSTRA einzutragen.²⁰

⁴ Ist gegen eine Person in der Schweiz eine Landesverweisung angeordnet worden, so muss die zuständige Behörde folgende Vollzugsentscheide und nachträglich erhobenen Vollzugsdaten in VOSTRA eintragen oder melden:

- a. das effektive oder das von der Vollzugsbehörde festgelegte Ausreisdatum nach Artikel 17a der Verordnung vom 19. September 2006²¹ zum Strafgesetzbuch und zum Militärstrafgesetz sowie die Angabe des Ausreisgrundes: Ausschaffung, Auslieferung, Überstellung zum Zwecke des Sanktionsvollzugs im Ausland, freiwillige Ausreise;
- b. den Aufschub des Vollzugs der Landesverweisung;
- c. die Aufhebung des Aufschubs des Vollzugs der Landesverweisung.²²

Art. 7 Hängige Strafverfahren

In VOSTRA werden eingetragen:

- a. Personen, gegen die in der Schweiz ein Strafverfahren wegen Verbrechen oder Vergehen nach Bundesrecht hängig ist; angegeben werden:

¹⁷ SR **311.1**

¹⁸ SR **321.0**

¹⁹ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS **2014** 4461).

²⁰ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS **2014** 4461).

²¹ SR **311.01**

²² Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS **2017** 563).

1. der Personendatensatz der beschuldigten Person,
 2. das Datum, an dem das Strafverfahren eröffnet wurde,
 3. die zuständige Verfahrensleitung (inkl. Referenzzeichen),
 4. die der beschuldigten Person vorgeworfenen Straftaten;
- b. erhebliche Änderungen in den Tatsachen nach Buchstabe a, insbesondere die Abtretung des Verfahrens sowie die Änderung der Beschuldigung.

Art. 8 Ersuchen um Auszug aus einem ausländischen Strafregister

¹ In VOSTRA werden Ersuchen schweizerischer Behörden um Auszug aus einem ausländischen Strafregister eingetragen.

² Diese Daten sind nur für das registerführende BJ und die gesuchstellenden Behörden einsehbar.

³ Die Berechtigung, solche Ersuchen auf elektronischem Weg zu stellen, ist in den Anhängen 2 und 3 geregelt.

Art. 9 Ausgeschlossene Eintragungen

Nicht eingetragen werden:

- a. die Urteile wegen Verstössen gegen Strafbestimmungen des kantonalen Rechts;
- b.²³ die Verurteilungen, bei denen von der Bestrafung abgesehen wird und die nicht zugleich eintragungspflichtige Massnahmen umfassen;
- b^{bis}.²⁴ Ausländerurteile, die nur eine Landesverweisung enthalten;
- c. die freisprechenden Urteile, welche einzig eine Veröffentlichung des Urteils (Art. 68 StGB und Art. 50b MStG²⁵), eine Einziehung (Art. 69–72 StGB und Art. 51–52 MStG) oder eine Verwendung zu Gunsten des Geschädigten (Art. 73 StGB und Art. 53 MStG) enthalten;
- d. die Übertretungen mit Ausnahme derjenigen nach Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben c und d;
- e. die Entscheide, welche:
 1. Geldstrafe oder Busse in gemeinnützige Arbeit oder Freiheitsstrafe umwandeln,
 2. gemeinnützige Arbeit in Geldstrafe, Busse oder Freiheitsstrafe umwandeln,
 - 3.²⁶ persönliche Leistung in Busse oder Freiheitsentzug umwandeln,

²³ Fassung gemäss Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

²⁴ Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

²⁵ SR 321.0

²⁶ Eingefügt durch Ziff. I 2 der V vom 3. Dez. 2010, in Kraft seit 1. Jan. 2013 (AS 2010 5971).

- 4.²⁷ Busse in persönliche Leistung oder Freiheitsentzug umwandeln,
- 5.²⁸ Freiheitsentzug in persönliche Leistung umwandeln;
- f. die Ordnungs- und Disziplinarstrafen;
- g. die Kostenfolgen eines Urteils.

Art. 10 Datensätze und Datenbearbeitungsrechte

¹ Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder von VOSTRA sind in Anhang 1 geregelt.²⁹

² Die Berechtigungen der Bundesbehörden und der kantonalen Behörden zur Bearbeitung dieser Daten sind in den Anhängen 2 beziehungsweise 3 tabellarisch dargestellt.

Art. 11 Zeitpunkt der Eintragung

¹ Urteile, nachträgliche Entscheide sowie Vollzugsentscheide sind spätestens zwei Wochen nach Eintritt der vollen Rechtskraft einzutragen.

² Entscheide, die bloss teilweise in Rechtskraft erwachsen sind, werden als Bestandteil des rechtskräftigen höherinstanzlichen Urteils oder nachträglichen Entscheides in VOSTRA eingetragen.

³ Bei hängigen Strafverfahren sind die Daten innert zwei Wochen seit Eröffnung des Strafverfahrens beziehungsweise seit Eintritt der Änderung in VOSTRA einzutragen.

⁴ Die Eintragung eines hängigen Strafverfahrens kann zurückgestellt werden, solange die Eintragung den Zweck des Strafverfahrens in Frage stellt.

Art. 11a³⁰ Daten betreffend die Bestellung von Privatauszügen und Sonderprivatauszügen

¹ Personenbezogene Daten, welche die Bestellung von Privatauszügen (Art. 24) oder Sonderprivatauszügen (Art. 25b) betreffen, werden in VOSTRA sowie in einer separaten Hilfsdatenbank eingetragen und verarbeitet.

² In der Hilfsdatenbank werden keine besonders schützenswerten Personendaten eingetragen. Die Hilfsdatenbank dient ausschliesslich der Abwicklung der Bestellungen und enthält folgende Daten:

- a. personenbezogene Daten zur Identifizierung und Lokalisierung der bestellenden Person;

²⁷ Eingefügt durch Ziff. I 2 der V vom 3. Dez. 2010, in Kraft seit 1. Jan. 2013 (AS 2010 5971).

²⁸ Eingefügt durch Ziff. I 2 der V vom 3. Dez. 2010, in Kraft seit 1. Jan. 2013 (AS 2010 5971).

²⁹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

³⁰ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

- b. Daten zum Bestellvorgang;
- c. Daten zur Auftragsverarbeitung bei eingegangenem Auftrag;
- d. Daten zu den Kosten und zur Bezahlung;
- e. Daten zum Versand des Auszuges;
- f. Daten der Bestätigung nach Artikel 371a Absatz 2 StGB.

³ Für die Auszugsverarbeitung werden Daten aus der Hilfsdatenbank mittels Schnittstelle in VOSTRA übernommen.

⁴ Die Datensätze und die dazugehörigen Datenfelder sind in Anhang 1a geregelt.

4. Abschnitt: Entfernung von Daten

Art. 12

¹ Aus VOSTRA werden unverzüglich entfernt:

- a.³¹ Eintragungen in den Fällen nach den Artikeln 369 und 369a StGB;
- b. Eintragungen über Personen, deren Tod von einer Behörde gemeldet wird;
- c. Urteile, die aufgehoben wurden;
- d. hängige Strafverfahren, die eingestellt oder mit einem Urteil abgeschlossen wurden;
- e. Ersuchen um Auszug aus einem ausländischen Strafregister, sobald die Anfrage vom Ausland beantwortet worden ist.

² Die Entfernung von Eintragungen über teilbedingte Freiheitsstrafen richtet sich nach den Regeln für die Entfernung bedingter Strafen (Art. 369 Abs. 3 StGB).

³ Die Entfernungsfristen nach Artikel 369a StGB gelten auch für Berufsverbote gestützt auf frühere Fassungen des StGB oder des MStG³², die zum Schutz von Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen angeordnet worden sind.³³

⁴ Bei Ausländerurteilen wird die Dauer eines Tätigkeitsverbots oder eines Kontakt- und Rayonverbots nach der im Urteil angegebenen Dauer berechnet.³⁴

⁵ Daten betreffend die Bestellung von Privatauszügen oder Sonderprivatauszügen (Art. 11a) werden ein Jahr nach der Bestellung der Auszüge entfernt.³⁵

³¹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

³² SR 321.0

³³ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

³⁴ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

³⁵ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁶ Das Gesuch nach Artikel 369 Absatz 5^{bis} dritter Satz StGB um Berechnung der Frist zur Entfernung eines Urteils mit Landesverweisung nach Erwerb des Schweizer Bürgerrechts ist zusammen mit der Einbürgerungsbestätigung an das BJ zu richten.³⁶

5. Abschnitt: Beteiligte Behörden und ihre Eintragungs-, Melde- und Mitwirkungspflichten

Art. 13 Bundesamt für Justiz (BJ)

¹ Das BJ trägt folgende Daten in VOSTRA ein:

- a. Daten, die von nicht angeschlossenen Bundesbehörden gemeldet werden;
- b. ausländische Urteile gemäss Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe e;
- c.³⁷ Urteile, die ein Tätigkeitsverbot oder ein Kontakt- und Rayonverbot enthalten;
- d.³⁸ nachträgliche Entscheide gemäss Artikel 5 Buchstabe c.

² Es bearbeitet folgende Gesuche um Auszug aus VOSTRA:

- a. Gesuche von Privaten;
- b. Gesuche nicht angeschlossener Bundesbehörden;
- c. Gesuche ausländischer Behörden.

³ Es bearbeitet Ersuchen angeschlossener schweizerischer Behörden um Auszug aus einem ausländischen Strafregister.

⁴ Es teilt Verurteilungen und nachträgliche Entscheide gegen ausländische Staatsangehörige gestützt auf das Europäische Übereinkommen vom 20. April 1959³⁹ über die Rechtshilfe in Strafsachen und auf die bestehenden Staatsverträge dem Heimatstaat mit, sofern dieser bekannt ist. Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) kann Weisungen über die Mitteilungen an Behörden des Auslandes erlassen.

Art. 14 Kantonale Koordinationsstellen

¹ Die kantonalen Koordinationsstellen haben folgende Aufgaben:

- a.⁴⁰ Sie tragen die hängigen Strafverfahren, die Urteile, die nachträglichen Entscheide und die Vollzugsentscheide der nicht an VOSTRA angeschlossenen

³⁶ Eingelegt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

³⁷ Eingelegt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

³⁸ Eingelegt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

³⁹ SR 0.351.1

⁴⁰ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

kantonalen Behörden in VOSTRA ein. Ausgenommen sind die in Artikel 13 Absatz 1 Buchstaben c und d genannten Fälle.

- b. Sie erstellen für nicht angeschlossene kantonale Behörden Auszüge aus VOSTRA.
- c. Sie sind für das BJ die kantonalen Ansprechstellen bezüglich der Einhaltung der Strafregisterbestimmungen des StGB, dieser Verordnung und der gestützt darauf erlassenen Weisungen.
- d. Sie unterstützen das BJ bei seiner Kontrolle der Datenbearbeitung.

² Die Kantone können ihrer Koordinationsstelle weitere Aufgaben im Zusammenhang mit VOSTRA übertragen, insbesondere die Erfassung der Urteile und nachträglichen Entscheide weiterer oder aller kantonalen Behörden und das Erstellen der Auszüge aus VOSTRA für diese Behörden.

Art. 15 Koordinationsstelle der Militärjustiz

Die Koordinationsstelle der Militärjustiz hat folgende Aufgaben:

- a.⁴¹ Sie trägt die hängigen Strafverfahren, die Urteile, die nachträglichen Entscheide und die Vollzugsentscheide der nicht an VOSTRA angeschlossenen Militärjustizbehörden in VOSTRA ein. Ausgenommen sind die in Artikel 13 Absatz 1 Buchstaben c und d genannten Fälle.
- b. Sie erstellt für nicht angeschlossene Militärjustizbehörden Auszüge aus VOSTRA.
- c. Sie ist für das BJ die Ansprechstelle der Militärjustiz bezüglich der Einhaltung der Strafregisterbestimmungen des StGB, dieser Verordnung und der gestützt darauf erlassenen Weisungen.
- d. Sie unterstützt das BJ bei seiner Kontrolle der Datenbearbeitung.

Art. 16 Weitere angeschlossene Behörden, die zur Online-Eintragung berechtigt sind

¹ Die folgenden Behörden tragen ihre Daten in VOSTRA ein, sofern sie an VOSTRA angeschlossen sind:

- a. die Strafjustizbehörden, einschliesslich die Verwaltungsbehörden des Bundes und der Kantone, die Strafentscheide gestützt auf Bundesrecht fällen;
- b. die Militärjustizbehörden;
- c. die Strafvollzugsbehörden;
- d.⁴² die kantonalen Ausländerbehörden, soweit sie für den Vollzug der Landesverweisung zuständig sind.

⁴¹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS **2014** 4461).

⁴² Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS **2017** 563).

² Ausgenommen sind die in Artikel 13 Absatz 1 Buchstaben c und d genannten Fälle.⁴³

Art. 17 Nicht angeschlossene Behörden, die Daten zur Eintragung melden

¹ Kantonale Strafjustiz- und Strafvollzugsbehörden sowie die zum Vollzug der Landesverweisung zuständigen Ausländerbehörden, die nicht an VOSTRA angeschlossen sind, melden die Daten zur Eintragung in VOSTRA der zuständigen kantonalen Koordinationsstelle.⁴⁴

² Die Militärjustizbehörden, die nicht an VOSTRA angeschlossen sind, melden ihre Daten zur Eintragung in VOSTRA der Koordinationsstelle der Militärjustiz. Das Oberauditorat regelt die Einzelheiten.

^{2bis} Die kantonalen Koordinationsstellen und die Koordinationsstelle der Militärjustiz melden Urteile und nachträgliche Entscheide nach Artikel 13 Absatz 1 Buchstaben c und d an das BJ weiter.⁴⁵

³ Die Strafjustiz- und die Rechtshilfebehörden des Bundes, die nicht an VOSTRA angeschlossen sind, sowie die Verwaltungsbehörden des Bundes und der Kantone, die Strafentscheide gestützt auf Bundesrecht fällen und nicht an VOSTRA angeschlossen sind, melden die Daten zur Eintragung in VOSTRA dem BJ.⁴⁶

⁴ Die für die Begnadigung oder die Amnestie zuständigen Behörden des Bundes melden die Begnadigung oder die Amnestie zur Eintragung in VOSTRA dem BJ.

⁵ Die kantonalen Begnadigungs- oder Amnestiebehörden melden die Begnadigung oder die Amnestie zur Eintragung in VOSTRA der zuständigen kantonalen Koordinationsstelle.

Art. 18 Sorgfaltspflichten und Datenbearbeitungsgrundsätze

¹ Alle beteiligten Behörden sorgen in ihrem Bereich dafür, dass die Daten vorschriftsgemäss bearbeitet werden.

² Sie vergewissern sich, dass die Daten, die sie in VOSTRA eintragen oder der zuständigen Stelle melden, vollständig, richtig und nachgeführt sind.

³ Ergeben sich der eintragenden Behörde Zweifel über die Richtigkeit der Angaben oder sind diese unvollständig, so sendet sie die Meldung an die meldende Behörde zur Nachprüfung zurück oder beschafft sich durch Nachfragen die nötigen Ergänzungen. Sie kann für die Überprüfung einer Eintragung den Strafregisterauszug einer Person ausdrucken; dieser Ausdruck ist nach der Überprüfung der eingetragenen Daten zu vernichten.

⁴³ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁴⁴ Fassung gemäss Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁴⁵ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁴⁶ Fassung gemäss Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁴ Die Behörden, die über ein Datenbearbeitungsrecht verfügen, sind nur insoweit zur Datenbearbeitung berechtigt, als sie diese Daten zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben benötigen.

⁵ Die Strafregisterdaten nach Artikel 366 Absätze 2–4 StGB dürfen nicht isoliert in einer neuen Datensammlung gespeichert oder aufbewahrt werden, es sei denn, dies sei zur Begründung eines getroffenen Entscheides, einer erlassenen Verfügung oder eines eingeleiteten Verfahrensschritts notwendig.

⁶ Behörden dürfen Strafregisterdaten nur weitergeben, wenn sie für die Weitergabe über eine ausdrückliche formell-gesetzliche Grundlage verfügen und die Weitergabe zu denselben Zwecken erfolgt, zu denen sie diese Daten erhalten haben.

Art. 19 Auskunftspflicht der Zivilstandsämter und Einwohnerkontrollen

Die Zivilstandsämter und Einwohnerkontrollen sind verpflichtet, den eintragungsberechtigten Behörden zur Abklärung der zu bearbeitenden Personalien kostenlos Auskunft zu geben.

Art. 20 Meldung über die Nichtbewährung

¹ Stellt die eintragende Behörde bei der Urteileintragung fest, dass eine bedingt ausgefallte Strafe widerrufen wurde, ohne dass eine Gesamtstrafe im Sinne von Artikel 46 Absatz 1 StGB, Artikel 40 Absatz 1 MStG⁴⁷ oder Artikel 31 Absatz 2 JStG⁴⁸ gebildet wurde, so meldet sie den Widerruf der Behörde, die für den Vollzug des widerrufenen Urteils zuständig ist.

² Stellt das BJ bei der Eintragung eines Auslandsurteils fest, dass die im Ausland beurteilte Tat in die Probezeit einer bereits eingetragenen bedingt oder teilbedingt vollziehbaren Strafe fällt, so meldet es die Nichtbewährung dem schweizerischen Gericht, das den bedingten oder teilbedingten Strafvollzug angeordnet hat. Fällt ein Auslandsurteil in die Probezeit einer bedingten Entlassung, so meldet das BJ die Nichtbewährung der Vollzugsbehörde.

³ Stellt die eintragende Behörde bei der Urteileintragung fest, dass eine bedingte Entlassung aus dem Straf- oder Massnahmenvollzug widerrufen wurde, ohne dass eine Gesamtstrafe im Sinne von Artikel 62a Absatz 2 oder 89 Absatz 6 StGB oder von Artikel 31 Absatz 2 JStG gebildet wurde, so meldet sie den Widerruf der Behörde, die für den Vollzug der durch den Widerruf vollziehbar gewordenen Reststrafe zuständig ist.

⁴ Wurde eine Person bedingt begnadigt, so meldet die eintragende Behörde der zuständigen Begnadigungsbehörde, wenn diese Person wegen einer während der Probezeit begangenen strafbaren Handlung verurteilt wird.

⁴⁷ SR 321.0

⁴⁸ SR 311.1

6. Abschnitt: Bekanntgabe von Daten

Art. 21 Einsichtnahme durch Abrufverfahren

¹ Die Einsichtnahme durch ein Abrufverfahren richtet sich nach Artikel 367 Absätze 2, 2^{bis}, 2^{ter} und 4 StGB.⁴⁹

² Überdies kann das Bundesamt für Polizei durch ein Abrufverfahren Einsicht nehmen in Daten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2, 3 Buchstaben a, b und d und 3^{bis} StGB sowie über hängige Strafverfahren, sofern dies zur Erfüllung folgender Aufgaben nötig ist (Art. 367 Abs. 3 StGB):⁵⁰

- a.⁵¹ Verhütung von Straftaten nach Artikel 2 Absätze 1 und 2 des Bundesgesetzes vom 21. März 1997⁵² über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS), soweit sie in seinen Zuständigkeitsbereich fällt;
- b. Vorermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten im Sinne der Artikel 336 und 337 StGB;
- c. Durchführung von Strafverfahren (gerichtspolizeiliche Ermittlungen) im Zusammenhang mit Straftaten im Sinne der Artikel 336 und 337 StGB;
- d. Informationsvermittlung an Interpol:
 1. im Rahmen von eröffneten Strafverfahren,
 2. im Rahmen von Vorermittlungen im Zusammenhang mit Straftaten im Sinne der Artikel 336 und 337 StGB,
 3. zur Verhütung von Straftaten im Sinne von Artikel 2 Absätze 1 und 2 BWIS;
- e. gesetzlich vorgesehene Kontrolle des Informationssystems der Bundeskriminalpolizei (Janus);
- f. Führung der Meldestelle Geldwäscherei;
- g. Verhängung und Aufhebung von Fernhaltemassnahmen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern nach dem Bundesgesetz vom 26. März 1931⁵³ über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer sowie Vorbereitung von Ausweisungsentscheiden gemäss Artikel 121 Absatz 2 der Bundesverfassung⁵⁴;

⁴⁹ Fassung gemäss Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁵⁰ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁵¹ Fassung gemäss Anhang Ziff. 13 der V vom 12. Dez. 2008, in Kraft seit 1. Jan. 2009 (AS 2008 6305).

⁵² SR 120

⁵³ [BS 1 121; AS 1949 221, 1987 1665, 1988 332, 1990 1587 Art. 3 Abs. 2, 1991 362 Ziff. II 11 1034 Ziff. III, 1995 146, 1999 1111 2262 Anhang Ziff. 1, 2000 1891 Ziff. IV 2, 2002 685 Ziff. I 1 701 Ziff. I 1 3988 Anhang Ziff. 3, 2003 4557 Anhang Ziff. II 2, 2004 1633 Ziff. I 1 4655 Ziff. I 1, 2005 5685 Anhang Ziff. 2, 2006 979 Art. 2 Ziff. 1 1931 Art. 18 Ziff. 1 2197 Anhang Ziff. 3 3459 Anhang Ziff. 1 4745 Anhang Ziff. 1, 2007 359 Anhang Ziff. 1. AS 2007 5437 Anhang Ziff. I]. Siehe heute: das BG vom 16. Dez. 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (SR 142.20).

⁵⁴ SR 101

- h. Informationsvermittlung an das Europäische Polizeiamt Europol im Sinne von Artikel 355a StGB, sofern diese Daten von Europol für Zwecke gemäss den Buchstaben a und b benötigt werden;
- i. ...⁵⁵
- j.⁵⁶ Informationsvermittlung an ausländische SIRENE-Büros, sofern diese Daten zur Koordinierung und Durchführung von Fernhaltemassnahmen von Ausländerinnen und Ausländern benötigt werden.

³ Ferner können die für die Einbürgerung auf Stufe Kanton zuständigen kantonalen Behörden durch ein Abrufverfahren Einsicht nehmen in Daten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2, 3 Buchstaben a, b und d und 3^{bis} StGB sowie über hängige Strafverfahren, soweit dies für die Durchführung von Einbürgerungsverfahren nötig ist (Art. 367 Abs. 3 StGB).⁵⁷

⁴ Ausserdem kann der Nachrichtendienst des Bundes durch ein Abrufverfahren Einsicht in Daten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2, 3 Buchstaben a, b und d und 3^{bis} StGB sowie über hängige Strafverfahren nehmen, sofern dies zur Erfüllung folgender Aufgaben nötig ist (Art. 367 Abs. 3 StGB):⁵⁸

- a. Verhütung von Straftaten nach Artikel 2 Absätze 1 und 2 BWIS, soweit sie in seinen Zuständigkeitsbereich fällt;
- b. Informationsvermittlung an das Europäische Polizeiamt (Europol) im Sinne von Artikel 355a StGB, sofern diese Daten von Europol für Zwecke nach Buchstabe a benötigt werden;
- c. Prüfung von Fernhaltemassnahmen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern nach dem Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer sowie Vorbereitung von Ausweisungsentscheiden nach Artikel 121 Absatz 2 der Bundesverfassung;
- d. Informationsvermittlung an ausländische Sicherheitsbehörden im Rahmen von Unbedenklichkeitsanfragen (Clearing-Anfragen); Daten, deren Weitergabe nicht im Interesse der betroffenen Person ist, können nur mit deren ausdrücklicher Zustimmung weitergegeben werden.⁵⁹

⁵ Die kantonalen Ausländerbehörden können durch ein Abrufverfahren Einsicht nehmen in Daten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2, 3 Buchstaben a, b und d und 3^{bis} StGB sowie über hängige Strafverfahren, soweit dies für Entscheide

⁵⁵ Aufgehoben durch Anhang Ziff. 13 der V vom 12. Dez. 2008, mit Wirkung seit 1. Jan. 2009 (AS 2008 6305).

⁵⁶ Eingelegt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁵⁷ Eingelegt durch Ziff. I der V vom 14. Dez. 2007 (AS 2008 51). Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁵⁸ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁵⁹ Eingelegt durch Anhang Ziff. 13 der V vom 12. Dez. 2008, in Kraft seit 1. Jan. 2009 (AS 2008 6305).

gemäss dem Ausländergesetz vom 16. Dezember 2005⁶⁰, die anhand von Strafdaten getroffen werden müssen, nötig ist.⁶¹

⁶ Behörden nach den Absätzen 2–5 können Urteile, die eine Landesverweisung aus der Schweiz enthalten, so lange einsehen, als die betroffene Person mit der Landesverweisung belegt ist. Dauert die Frist nach Artikel 369 Absätze 1–5 StGB länger, so ist sie für die Dauer der Einsichtsmöglichkeit massgebend.⁶²

Art. 22 Auszüge für Schweizer Behörden auf schriftliches Gesuch hin

¹ Folgende an VOSTRA nicht angeschlossene Behörden können die zur Erfüllung der nachstehend genannten Aufgaben nötigen Daten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2, 3 Buchstaben a, b und d und 3^{bis} StGB als Auszug aus VOSTRA einholen.⁶³

- | | | |
|------------------|---|---|
| a. | die Behörden nach Artikel 367 Absatz 2 StGB: | zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben nach Artikel 365 Absatz 2 StGB; |
| b. | die Verwaltungsbehörden des Bundes und der Kantone, die Strafsentscheide gestützt auf Bundesrecht fällen: | für die Durchführung von Strafverfahren; |
| c. | die für die internationale Rechtshilfe zuständige Stelle des BJ: | für internationale Rechtshilfe- und Auslieferungungsverfahren; |
| d. | die kantonalen und kommunalen Vormundschaftsbehörden ⁶⁴ : | für die Verhängung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen ⁶⁵ ; |
| e. ⁶⁶ | die für den fürsorgerischen Freiheitsentzug zuständigen kantonalen Behörden: | für die Verhängung und Aufhebung des fürsorgerischen Freiheitsentzuges; |
| f. | die für die Durchführung von Personensicherheitsprüfungen zuständigen kantonalen Behörden: | für zivile und militärische Sicherheitsprüfungen im Sinne von Artikel 2 Absatz 4 Buchstabe c BWIS ⁶⁷ ; |

⁶⁰ SR 142.20

⁶¹ Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁶² Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁶³ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁶⁴ Seit Inkrafttreten des BG vom 19. Dez. 2008 (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht; AS 2011 725) am 1. Jan. 2013: Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.

⁶⁵ Seit Inkrafttreten des BG vom 19. Dez. 2008 (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht; AS 2011 725) am 1. Jan. 2013: Massnahmen des Kindes- oder Erwachsenenschutzes.

⁶⁶ Seit Inkrafttreten des BG vom 19. Dez. 2008 (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht; AS 2011 725) am 1. Jan. 2013: ist diese Bestimmung gegenstandslos.

⁶⁷ SR 120

- | | | |
|----|--|---|
| g. | die für die Begnadigung zuständigen Behörden des Bundes und der Kantone: | für die Durchführung von Begnadigungsverfahren; |
| h. | ... ⁶⁸ | |
| i. | die gemäss Artikel 22 Absatz 1 BWIS für den Personenschutz zuständige Stelle des Bundes: | für die Risikobeurteilung von Personen, bei denen Anhaltspunkte bestehen, dass sie eine Gefahr für schützenswerte Personen im Sinne von Artikel 22 Absatz 1 BWIS darstellen könnten; |
| j. | ... ⁶⁹ die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde: | für die Erteilung oder den Entzug von Zulassungen von Revisoren und Revisionsexperten sowie die Verhängung von Massnahmen gegenüber natürlichen Personen, die für staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen tätig sind. |

^{1bis} Die kantonale Behörde nach Artikel 316 Absatz 1^{bis} des Zivilgesetzbuches⁷⁰ kann zur Prüfung der Eignung künftiger Adoptiveltern nach Artikel 5 Absatz 6 der Adoptionsverordnung vom 29. Juni 2011⁷¹ Daten über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2, 3 Buchstaben a, b und d und ^{3bis} StGB und über hängige Strafverfahren als Auszug aus VOSTRA einholen.⁷²

^{1ter} Die nicht an VOSTRA angeschlossenen Behörden können zur Erfüllung der in Artikel 367 Absatz 2^{bis} StGB genannten Aufgaben einen Auszug über Urteile nach Artikel 366 Absätze 1, 2, 3 und 3^{bis} StGB einholen.⁷³

^{1quater} Die nicht an VOSTRA angeschlossenen Behörden nach Artikel 367 Absätze 2 Buchstaben c–l und ^{2septies} StGB sowie nach Absatz 1 Buchstaben b–j und Absatz 1^{bis} des vorliegenden Artikels können Urteile, die eine Landesverweisung aus der Schweiz enthalten, so lange einsehen, als die betroffene Person mit der Landesverweisung belegt ist. Dauert die Frist nach Artikel 369 Absätze 1–5 StGB länger, so ist sie für die Dauer der Einsichtsmöglichkeit massgebend.⁷⁴

² Die Behörden reichen dazu ein schriftliches Gesuch beim BJ oder bei der kantonalen Koordinationsstelle ein.⁷⁵

⁶⁸ Aufgehoben durch Ziff. I der V vom 14. Dez. 2007, mit Wirkung seit 15. Febr. 2008 (AS 2008 51).

⁶⁹ Eingefügt durch Ziff. II der V vom 14. Nov. 2012, in Kraft seit 1. Dez. 2012 (AS 2012 6071).

⁷⁰ SR 210

⁷¹ SR 211.221.36

⁷² Eingefügt durch Anhang Ziff. 2 der Adoptionsverordnung vom 29. Juni 2011 (AS 2011 3637 5195). Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁷³ Eingefügt durch Ziff. I 2 der V vom 3. Dez. 2010 (AS 2010 5971, 2011 5195). Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁷⁴ Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁷⁵ Fassung gemäss Anhang Ziff. 2 der Adoptionsverordnung vom 29. Juni 2011, in Kraft seit 1. Jan. 2012 (AS 2011 3637).

Art. 22a⁷⁶ Meldung von Daten an das Staatssekretariat für Migration

Zur Übernahme der Daten über die Landesverweisung in das Zentrale Migrationsinformationssystem (ZEMIS) meldet das BJ von sich aus dem Staatssekretariat für Migration folgende Daten:

- a. rechtskräftige Urteile, in denen eine Landesverweisung angeordnet wurde;
- b. Eintragungen nach Artikel 6 Absatz 4;
- c. Änderungen, welche die Landesverweisung betreffen.

Art. 23 Auszüge für ausländische Behörden

¹ Das BJ gibt den ausländischen Behörden auf deren Ersuchen Registerauszüge ab, sofern ein internationales Übereinkommen, ein Staatsvertrag oder ein formelles Gesetz dies vorsieht oder der ersuchende Staat Gegenrecht hält.

² Das EJPD kann Weisungen über die Abgabe von Auszügen an ausländische Behörden erlassen.

Art. 24 Privatauszug. Grundsätze⁷⁷

¹ Die Abgabe von Auszügen an Privatpersonen erfolgt ausschliesslich durch das BJ.

² Die Privatperson hat sich über ihre Identität auszuweisen.

³ Auszüge über Dritte dürfen nur mit deren schriftlicher Einwilligung an eine andere Person abgegeben werden.⁷⁸

Art. 25 Privatauszug. Inhalt⁷⁹

¹ Der Auszug für Privatpersonen enthält in jedem Fall folgende Daten aus dem Datensatz über Personen (Anhang 1 Ziff. 1):

1. Nachname, Geburtsname, Vorname (Ziff. 1.2);
2. Geburtsdatum (Ziff. 1.4);
3. Heimatort, Staatsangehörigkeit (Ziff. 1.6);
4. Adresse (Ziff. 1.10).

² Enthält das Strafregister ein Urteil, das gemäss Artikel 371 StGB im Privatauszug erscheint, so werden folgende Daten aus dem Datensatz über Urteile (Anhang 1

⁷⁶ Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁷⁷ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁷⁸ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁷⁹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

Ziff. 4) oder dem Datensatz über nachträgliche Entscheide, Vollzugsentscheide und Vollzugsdaten (Anhang 1 Ziff. 5) aufgeführt:⁸⁰

1. Urteils-, Eröffnungs- und Rechtskraftdatum sowie verurteilende Behörde (Ziff. 4.2);
2. Datum des vorinstanzlichen Urteils und vorinstanzliche Behörde (Ziff. 4.3);
3. Einsatz-, Zusatz-, Teilzusatzurteil, Gesamtstrafe (Ziff. 4.7);
4. Tatbestand und Begehungsform (Ziff. 4.8);
5. Art und Höhe der Hauptstrafe sowie Vollzugsform: unbedingt, teilbedingt, bedingt (Ziff. 4.11);
6. Bei Geldstrafe: Anzahl Tagessätze sowie Betrag und Währung des einzelnen Tagessatzes (Ziff. 4.12);
7. Bei teilbedingter Strafe: die Gesamthöhe sowie die Höhe des bedingten Teils der Strafe (Ziff. 4.13);
8. Bussenbetrag, -währung, Ersatzfreiheitsstrafe (Ziff. 4.14);
9. Dauer der Probezeit (Ziff. 4.15);
10. Art der Massnahme (Ziff. 4.16);
- 11.⁸¹ beim Tätigkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot: Inhalt gemäss Urteilsdispositiv, ohne Nennung des Namens derjenigen Person, zu welcher der Kontakt untersagt wird, Beginn (Datum), Dauer gemäss Urteilsdispositiv, Angaben zum Ruhen des Verbots (Datum des Antritts des Vollzugs, Datum des Austritts aus dem Vollzug), allfälliger Neubeginn des Fristenlaufs (Datum) und voraussichtliches Ende (Datum) des Verbots (Ziff. 4.17);
12. Angabe, ob Weisung oder Bewährungshilfe (Ziff. 4.19);
13. Nebenstrafen (Ziff. 4.20);
- 13^{bis},⁸² bei der Landesverweisung: Dauer der Landesverweisung gemäss Urteilsdispositiv (Ziff. 4.22);
14. Entscheiddatum (Ziff. 5.2);
15. Entscheidbehörde (Ziff. 5.3);
16. Entscheidtyp (Ziff. 5.4);
17. Entlassungsdatum (Ziff. 5.5);
18. Strafe vollzogen, nicht vollzogen (Ziff. 5.6);
19. Massnahme (Aufhebung, Änderung oder neue Massnahme) (Ziff. 5.7);
20. Dauer der verlängerten Probezeit (Ziff. 5.8);

⁸⁰ Fassung gemäss Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁸¹ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁸² Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

21. Angabe, ob Weisung oder Bewährungshilfe (Ziff. 5.9);
22. Verwarnung (Ziff. 5.10);
23. Angabe, ob Widerruf oder kein Widerruf (Ziff. 5.11);
24. Angabe, ob Rückversetzung oder keine Rückversetzung (Ziff. 5.12);
25. Reststrafe (Ziff. 5.13);
26. nachträglich bedingter Strafvollzug (Ziff. 5.14);
27. Begnadigung und Amnestie (Ziff. 5.15);
- 28.⁸³ beim Tätigkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot: Angaben gemäss Ziffer 11, Angaben des Referenzverbots, neuer Inhalt gemäss Entscheidispositiv, ohne Nennung des Namens derjenigen Person, zu welcher der Kontakt untersagt wird, Angaben zur neuen Dauer, Datum der Wirksamkeit der Änderung, Aufhebungsdatum, Angaben zu Begleitmassnahmen (Ziff. 5.16);
- 29.⁸⁴ bei der Landesverweisung die folgenden nachträglich erhobenen Vollzugsdaten: das effektive Ausreisedatum oder, sofern dieses Datum nicht bekannt ist, das von der Vollzugsbehörde festgelegte Ausreisedatum sowie die Angabe des Ausreisegrundes: Ausschaffung, Auslieferung, Überstellung zum Zwecke des Sanktionsvollzugs im Ausland, freiwillige Ausreise (Ziff. 5.17).

³ Enthält das Strafregister kein Urteil oder keines, das gemäss Artikel 371 StGB im Privatauszug erscheinen müsste, so enthält der Auszug die Aussage: «Ist im Strafregister nicht verzeichnet».

Art. 25a⁸⁵ Privatauszug. Berechnung der Erscheinungsdauer im Privatauszug nach Artikel 371 Absatz 4 StGB

¹ Für ein Urteil, das keine der in Artikel 369 StGB erwähnten Sanktionen enthält, aber ein Verbot nach Artikel 67 Absatz 2, 3 oder 4 oder nach Artikel 67b StGB oder nach Artikel 50 Absatz 2, 3 oder 4 oder nach Artikel 50b MStG⁸⁶, gilt als Referenzfrist im Sinne von Artikel 369 StGB zehn Jahre nach Eintritt der Rechtskraft. Das Urteil erscheint in Anwendung von Artikel 371 Absatz 4 StGB nach Ablauf von fünf Jahren nach Rechtskraft nicht mehr im Privatauszug. Artikel 371 Absatz 5 StGB ist anwendbar.

² Für ein Urteil, das weder eine in Artikel 369 StGB erwähnte Sanktion noch ein Verbot nach Absatz 1, aber ein Verbot nach Artikel 16a JStG⁸⁷ enthält, gilt als Referenzfrist im Sinne von Artikel 369 StGB sieben Jahre nach Eintritt der Rechtskraft. Das Urteil erscheint in Anwendung von Artikel 371 Absatz 4 StGB, sofern die

⁸³ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁸⁴ Eingefügt durch Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

⁸⁵ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁸⁶ SR 321.0

⁸⁷ SR 311.1

Voraussetzungen nach Artikel 371 Absatz 2 StGB erfüllt sind, nach Ablauf von dreieinhalb Jahren nach Rechtskraft nicht mehr im Privatauszug. Artikel 371 Absatz 5 StGB ist anwendbar.

Art. 25b⁸⁸ Sonderprivatauszug. Grundsätze

¹ Die Abgabe von Sonderprivatauszügen im Sinne von Artikel 371a StGB an Privatpersonen erfolgt ausschliesslich durch das BJ.

² Die Privatperson hat sich über ihre Identität auszuweisen und die schriftliche Bestätigung nach Artikel 371a Absatz 2 StGB vorzulegen.

³ Auszüge über Dritte dürfen nur mit deren schriftlicher Einwilligung an eine andere Person abgegeben werden.

Art. 25c⁸⁹ Sonderprivatauszug. Bestätigung des Arbeitgebers oder der Organisation

¹ Die Bestätigung des Arbeitgebers oder der Organisation, der oder die den Sonderprivatauszug von der Privatperson verlangt, hat in jedem Fall folgende Daten zu enthalten:

- a. Name, Adresse, Telefon und E-Mail-Adresse des Arbeitgebers oder der Organisation;
- b. Name und Unterschrift einer für die Anstellung mitverantwortlichen Person des Arbeitgebers oder der Organisation;
- c. Datum der Bestätigung;
- d. Nachname, Vorname und Geburtsdatum der Privatperson;
- e. Tätigkeit der Privatperson beim Arbeitgeber oder der Organisation.

² Mit der schriftlichen Bestätigung bescheinigt der Arbeitgeber oder die Organisation, dass sich die Privatperson bei ihm oder ihr um eine berufliche oder organisierte ausserberufliche Tätigkeit bewirbt, die einen regelmässigen Kontakt mit Minderjährigen oder mit anderen besonders schutzbedürftigen Personen umfasst, oder eine solche Tätigkeit bei ihm oder ihr ausübt und dafür einen Sonderprivatauszug beibringen muss.

³ Die Bestätigung ist nach deren Ausstellung drei Monate gültig.

⁴ Das BJ überprüft die Bestätigungen stichprobenweise auf deren inhaltliche Korrektheit.

⁸⁸ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁸⁹ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

Art. 25d⁹⁰ Sonderprivatauszug. Inhalt

¹ Der Sonderprivatauszug enthält in jedem Fall folgende Daten aus dem Datensatz über Personen (Anhang 1 Ziff. 1):

- a. Nachname, Geburtsname, Vorname (Ziff. 1.2);
- b. Geburtsdatum (Ziff. 1.4);
- c. Heimatort, Staatsangehörigkeit (Ziff. 1.6);
- d. Adresse (Ziff. 1.10).

² Enthält das Strafregister ein Urteil, das gemäss Artikel 371a Absatz 3 StGB oder gemäss Absatz 4 im Sonderprivatauszug erscheint, so werden alle im Zusammenhang mit diesem Urteil in Artikel 25 Absatz 2 erwähnten Daten aufgeführt.

³ Enthält das Strafregister kein Urteil, das gemäss Artikel 371a Absatz 3 StGB oder gemäss Absatz 4 im Sonderprivatauszug erscheint, so enthält der Auszug die Aussage: «Kein Tätigkeitsverbot und kein Kontakt- und Rayonverbot zum Schutz von Minderjährigen oder besonders schutzbedürftigen Personen eingetragen».

⁴ Im Sonderprivatauszug erscheinen auch Urteile, die ein Berufsverbot gestützt auf frühere Fassungen des StGB oder des MStG⁹¹ enthalten, das zum Schutz von Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen angeordnet worden ist.

Art. 25e⁹² Sonderprivatauszug. Definition der Tätigkeit, für die ein Sonderprivatauszug nach Artikel 371a StGB verlangt werden darf

¹ Die Begriffe «berufliche Tätigkeit» sowie «organisierte ausserberufliche Tätigkeit» werden in Artikel 67a Absatz 1 StGB und Artikel 50a Absatz 1 MStG⁹³ definiert.

² Als Tätigkeiten mit regelmässigem Kontakt zu Minderjährigen oder zu anderen besonders schutzbedürftigen Personen gelten:

- a. Tätigkeiten, die direkt und spezifisch gegenüber Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen ausgeübt werden, namentlich:
 1. Lehren oder Unterrichten,
 2. Erziehung oder Beratung,
 3. Betreuung oder Aufsicht,
 4. Pflege,
 5. körperliche Untersuchung oder Behandlung,
 6. psychologische Untersuchung oder Behandlung,
 7. Verpflegung,
 8. Transport,

⁹⁰ Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁹¹ SR 321.0

⁹² Eingefügt durch Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁹³ SR 321.0

9. direkter Verkauf oder Verleih oder direkte Vermittlung von spezifisch für die Bedürfnisse von Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen bestimmten Objekten, sofern dies die Haupttätigkeit der Privatperson darstellt;
- b. andere Tätigkeiten, die vor allem oder wiederholt in Einrichtungen ausgeübt werden, die Dienstleistungen nach Buchstabe a anbieten; ausgenommen sind Tätigkeiten, bei denen örtlich oder zeitlich sichergestellt ist, dass kein Kontakt zu Minderjährigen oder anderen besonders schutzbedürftigen Personen stattfinden kann.

³ Als besonders schutzbedürftig im Sinne von Artikel 67 Absatz 2 StGB gelten Personen, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit oder einer langfristigen körperlichen oder psychischen Beeinträchtigung bei alltäglichen Verrichtungen oder ihrer Lebensführung auf fremde Hilfe angewiesen sind.

7. Abschnitt: Auskunftsrecht der betroffenen Personen

Art. 26

¹ Jede Person kann beim BJ Auskunft darüber verlangen, ob in VOSTRA über sie ein Eintrag besteht. Gegebenenfalls kann sie den vollständigen sie betreffenden Eintrag einsehen; vorbehalten bleiben die Einschränkungen des Auskunftsrechts nach Artikel 9 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1992⁹⁴ über den Datenschutz (DSG).

² Wer sein Auskunftsrecht geltend machen will, hat sich über seine Identität auszuweisen und ein schriftliches Gesuch einzureichen.

³ Die Auskunft wird mündlich am Schalter erteilt. Es wird kein direkter Einblick via den Computerbildschirm oder in einzelne Programmteile von VOSTRA gewährt. Ist die betreffende Person verzeichnet, so kann sie am Schalter einen Vollauszug mit allen Einträgen einsehen. Dieses Schriftstück darf nicht ausgehändigt werden.

⁴ Stellt die betroffene Person fest, dass der Vollauszug unrichtige Daten enthält, so kann sie ihre Ansprüche nach Artikel 25 DSG geltend machen.

8. Abschnitt: Datensicherheit und technische Anforderungen

Art. 27 Datensicherheit

¹ Für die Gewährleistung der Datensicherheit gelten namentlich:

- a. die Bundesinformatikverordnung vom 26. September 2003⁹⁵;
- b. die Verordnung vom 14. Juni 1993⁹⁶ zum Bundesgesetz über den Datenschutz.

⁹⁴ SR 235.1

⁹⁵ SR 172.010.58

⁹⁶ SR 235.11

² Die angeschlossenen Behörden treffen in ihrem Bereich die daraus resultierenden organisatorischen und technischen Massnahmen.

³ Das BJ sorgt dafür, dass die Einhaltung der Informatiksicherheitsmassnahmen bei den angeschlossenen Behörden kontrolliert wird.

Art. 28 Protokollierung

Jede Datenbearbeitung in VOSTRA wird protokolliert.

Art. 29 Technische Anforderungen

¹ Die Informatikinfrastruktur der Kantone muss den technischen Anforderungen genügen, die für die Informations- und Kommunikationstechnik des Bundes gelten.

² Das EJPD erlässt Weisungen über die Einzelheiten.

9. Abschnitt: Gebühren und Aufteilung der Kosten

Art. 30 Gebühren für Privatauszüge und Sonderprivatauszüge⁹⁷

¹ Das BJ erhebt für die Ausstellung von Privatauszügen und von Sonderprivatauszügen eine Gebühr von 20 Franken.⁹⁸

² Werden über die gleiche Person mehrere Auszüge verlangt, so wird für jeden Auszug eine Gebühr von 20 Franken erhoben.

³ Entrichtete Gebühren werden nicht zurückerstattet.

⁴ In der Gebühr sind die Auslagen eingeschlossen, namentlich die Kosten für beigezogene Dritte, die Leistungen im Zahlungsverkehr, beim Inkasso sowie im Bereich der Übermittlung, der Kommunikation und der Abwicklung des Bestellwesens erbringen.

⁵ Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Allgemeinen Gebührenverordnung vom 8. September 2004⁹⁹.

Art. 31 Aufteilung der Kosten zwischen Bund und Kantonen

¹ Die Kosten für die Installation und den Betrieb der Datenleitungen zu einem zentralen Anschlusspunkt (Hauptverteiler) am Kantonshauptort trägt der Bund.

² Die Installations- und Betriebskosten für die Feinverteilung innerhalb der Kantone tragen die Kantone.

³ Die Anschaffungs- und Betriebskosten der Bedienungsgeräte tragen die angeschlossenen Behörden.

⁹⁷ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁹⁸ Fassung gemäss Ziff. I der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

⁹⁹ SR 172.041.1

10. Abschnitt: Forschung, Planung und Statistik

Art. 32 Anwendbares Recht

Die Bearbeitung von Personendaten aus VOSTRA zu Zwecken der Forschung, Planung und Statistik richtet sich nach Artikel 22 DSGVO¹⁰⁰.

Art. 33 Datenbekanntgabe

¹ Zuständig für die Bekanntgabe von Personendaten aus VOSTRA zu Zwecken der Forschung, Planung und Statistik ist das BJ.

² Das BJ stellt dem Bundesamt für Statistik die für dessen Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten aus VOSTRA periodisch in elektronischer Form zur Verfügung.

11. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 34 Aufhebung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 1. Dezember 1999¹⁰¹ über das automatisierte Strafregister wird aufgehoben.

Art. 35 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2007 in Kraft.

¹⁰⁰ SR 235.1

¹⁰¹ [AS 1999 3509, 2000 2964, 2003 5267 Anhang Ziff. 1, 2004 4813 Anhang Ziff. 9, 2006 939]

*Anhang 1*¹⁰²
(Art. 10 Abs. 1)

Datensätze und Datenfelder von VOSTRA

1. Datensatz über Personen
 - 1.1 Nummer des Datensatzes über Personen (fortlaufende Systemnummer)
 - 1.2 Nachname, Geburtsname, Vorname
 - 1.3 Ehemalige Namen
 - 1.4 Geburtsdatum, -ort, -staat
 - 1.5 Geschlecht
 - 1.6 Heimatort, Staatsangehörigkeit
 - 1.7 Eltern
 - 1.8 Zivilstand
 - 1.9 Ehepartner oder Ehepartnerin
 - 1.10 Adresse, Wohnort unbekannt, ohne festen Wohnsitz
 - 1.11 Bearbeitungsvermerk (Zusatzinformationen zur Identifikation von Personen)
 - 1.12 Aufenthaltsstatus ausländischer Staatsangehöriger
 - 1.13 Angabe, ob Urteil
 - 1.14 Angabe, ob hängiges Strafverfahren
 - 1.15 Angabe, ob pendente Anfrage an ausländisches Strafregister
 - 1.16 Datum der Ersterfassung und der letzten Mutation
2. Datensatz über Falschpersonalien
 - 2.1 Name, Vorname
 - 2.2 Geburtsdatum
3. Datensatz über hängige Strafverfahren
 - 3.1 Nummer des Datensatzes über Personen gemäss Ziffer 1.1
 - 3.2 Datum der Eröffnung des Verfahrens
 - 3.3 Zuständige Verfahrensleitung
 - 3.4 Das von der zuständigen Verfahrensleitung verwendete Referenzzeichen
 - 3.5 Beschuldigungen
4. Datensatz über Urteile

¹⁰² Bereinigt gemäss Ziff. II Abs. 1 der V vom 19. Nov. 2014 (AS **2014** 4461) und Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS **2017** 563).

- 4.1 Nummer des Urteils (fortlaufende Systemnummer)
- 4.2 Urteils-, Eröffnungs- und Rechtskraftdatum sowie verurteilende Behörde
- 4.3 Datum des vorinstanzlichen Urteils und vorinstanzliche Behörde
- 4.4 Das von der urteilenden Behörde verwendete Referenzzeichen
- 4.5 Vollzugskanton (Militärurteile)
- 4.6 In Anwesenheit, *in contumaciam*, Strafmandat
- 4.7 Einsatz-, Zusatz-, Teilzusatzurteil, Gesamtstrafe
- 4.8 Tatbestand und Begehungsform
- 4.9 Alkoholgewichtspromille
- 4.10 Begehungsdatum (Datum oder Zeitraum)
- 4.11 Art und Höhe der Hauptstrafe sowie Vollzugsform (unbedingt, teilbedingt, bedingt)
- 4.12 Bei Geldstrafe: Anzahl Tagessätze sowie Betrag und Währung des einzelnen Tagessatzes
- 4.13 Bei teilbedingter Strafe: die Gesamthöhe sowie die Höhe des bedingten Teils der Strafe
- 4.14 Bussenbetrag, -währung, Ersatzfreiheitsstrafe
- 4.15 Dauer der Probezeit
- 4.16 Art der Massnahme
- 4.17 Beim Tätigkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot: Inhalt gemäss Urteilsdispositiv, Beginn (Datum), Dauer gemäss Urteilsdispositiv, Angaben zum Ruhen des Verbots (Datum des Antritts des Vollzugs, Datum des Austritts aus dem Vollzug, erfassende Behörde), allfälliger Neubeginn des Fristenlaufs (Datum) und voraussichtliches Ende des Verbots (Datum)
- 4.18 Dauer der angerechneten Untersuchungshaft in Tagen
- 4.19 Angabe, ob Weisung oder Bewährungshilfe
- 4.20 Nebenstrafen
- 4.21 Strafzumessungsregeln
- 4.22 Bei der Landesverweisung: Dauer der Landesverweisung gemäss Urteilsdispositiv
5. Datensatz über nachträgliche Entscheide, Vollzugsentscheide und Vollzugsdaten
 - 5.1 Nummer des Entscheids (fortlaufende Systemnummer)
 - 5.2 Entscheid-, Eröffnungs- und Rechtskraftdatum
 - 5.3 Entscheidbehörde
 - 5.4 Entscheidtyp
 - 5.5 Entlassungsdatum

-
- 5.6 Strafe vollzogen, nicht vollzogen
 - 5.7 Massnahme (Aufhebung, Änderung oder neue Massnahme)
 - 5.8 Dauer der verlängerten Probezeit
 - 5.9 Angabe, ob Weisung oder Bewährungshilfe
 - 5.10 Verwarnung
 - 5.11 Angabe, ob Widerruf oder kein Widerruf
 - 5.12 Angabe, ob Rückversetzung oder keine Rückversetzung
 - 5.13 Reststrafe
 - 5.14 Nachträglich bedingter Strafvollzug
 - 5.15 Begnadigung und Amnestie
 - 5.16 Beim Tätigkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot: Angaben gemäss Ziffer 4.17, Angaben des Referenzverbots, neuer Inhalt gemäss Entscheidungsdispositiv, Angaben zur neuen Dauer, Datum der Wirksamkeit der Änderung, Aufhebungsdatum, Angaben zu Begleitmassnahmen
 - 5.17 Bei der Landesverweisung die folgenden nachträglich erhobenen Vollzugsdaten: das effektive Ausreisedatum oder, sofern dieses Datum nicht bekannt ist, das von der Vollzugsbehörde festgelegte Ausreisedatum sowie die Angabe des Ausreisegrundes: Ausschaffung, Auslieferung, Überstellung zum Zwecke des Sanktionsvollzugs im Ausland, freiwillige Ausreise
 - 6. Datensatz über Ersuchen an ausländische Strafregister
 - 6.1 Datensatz über Personen gemäss Ziffer 1
 - 6.2 Grund des Ersuchens
 - 6.3 Angabe, ob Haftsache
 - 6.4 Ersuchende Behörde und Datum des Ersuchens
 - 6.5 Ersuchte ausländische Behörde

*Anhang Ia*¹⁰³
(Art. 11a Abs. 4)

Datensätze und Datenfelder betreffend die Bestellung von Privat- und Sonderprivatauszügen

1. Datensatz über Personen
 - 1.1 Nachname, Geburtsname, Vorname
 - 1.2 Geburtsdatum
 - 1.3 Geschlecht
 - 1.4 Heimatort, Staatsangehörigkeit
 - 1.5 Zivilstand
 - 1.6 Wohnadresse
 - 1.7 E-Mail-Adresse
 - 1.8 Telefon
 - 1.9 Eltern
 - 1.10 Lieferadresse
 - 1.11 Ausweisschrift (Nummer/Typ)
2. Datensatz über die Bestellung und den Bestellvorgang
 - 2.1 Automatisch generierte Transaktionsnummer pro Bestellung
 - 2.2 Datum und Uhrzeit der Bestellung
 - 2.3 Datum und Uhrzeit des Ausdrucks des Bestellformulars durch Besteller
 - 2.4 Bei Postschalterbestellung: Poststelle, Schalter, Sachbearbeiterin oder Sachbearbeiter, die oder der die Bestellung ausgelöst hat
 - 2.5 Status der Bestellung
 - 2.6 Anzahl der Auszüge
 - 2.7 Eingangsart der Bestellung
 - 2.8 Datum und Uhrzeit der gebündelten Übermittlung von Postbestellungen
3. Datensatz über die Auftragsverarbeitung bei eingegangenem Auftrag
 - 3.1 Status der Auftragsabwicklung
 - 3.2 Datum und Uhrzeit der elektronischen Erfassung des Eingangs beim BJ
 - 3.3 Support-Kommentar
 - 3.4 Bei Rücksendung: Rücksendegrund
 - 3.5 Bei Rücksendung: Datum und Uhrzeit der Rücksendung

¹⁰³ Eingefügt durch Ziff. II Abs. 2 der V vom 19. Nov. 2014, in Kraft seit 1. Jan. 2015 (AS 2014 4461).

-
- 3.6 Bei Abruf eines digitalen Auszugs: Datum und Uhrzeit bei Abholung
 - 3.7 Digi-Out-Status
 - 3.8 Bei Beglaubigung: Angabe, für welches Land die Beglaubigung erfolgen soll
 - 3.9 Bei Beglaubigung: Datum der Beglaubigung
 - 4. Datensatz über die Kosten und die Bezahlung
 - 4.1 Geschuldeter Total-Betrag in Schweizerfranken
 - 4.2 Kosten der Beglaubigung
 - 4.3 Lieferkosten
 - 4.4 Zahlungsart
 - 4.5 Status der Bezahlung
 - 4.6 Informationen Adminpay
 - 4.7 Transaktionsnummer bei Kreditkartenbezahlung
 - 4.8 Status der Kreditkartenbezahlung
 - 4.9 Zeitpunkt des Verlassens des Kreditkartenbezahlungsmodus
 - 5. Datensatz über den Versand der Auszüge
 - 5.1 Datum und Uhrzeit der voraussichtlichen Zusendung des Privatauszugs
 - 5.2 Ausgangsdatum
 - 5.3 Zustellungsart des Auszugs
 - 5.4 Bei Zustellung durch ausländischen Kurier: automatisch generierte Zustellnummer
 - 5.5 Bei Zustellung durch ausländischen Kurier: Angabe des Kuriers
 - 5.6 Bei Zustellung per Einschreiben: Zustellungsnummer
 - 5.7 Beglaubigter Ausgang: Datum und Uhrzeit
 - 6. Datensatz über die Bestätigung des Arbeitgebers oder der Organisation bei der Bestellung von Sonderprivatauszügen
 - 6.1 Name des Arbeitgebers oder der Organisation
 - 6.2 Adresse des Arbeitgebers oder der Organisation
 - 6.3 Telefon des Arbeitgebers oder der Organisation
 - 6.4 E-Mail-Adresse des Arbeitgebers oder der Organisation
 - 6.5 Name der verantwortlichen Person des Arbeitgebers oder der Organisation
 - 6.6 Datum der Bestätigung
 - 6.7 Beschreibung der Tätigkeit der Privatperson beim Arbeitgeber oder der Organisation

Anhang 2¹⁰⁴
(Art. 8 Abs. 3 und 10 Abs. 2)

Berechtigung zur Bearbeitung von Strafregisterdaten durch Bundesbehörden

A = Abfrage
E = Eintragung (Ersteintragung oder Mutation) inklusive Abfrage
M = Meldung ohne Abfrage

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration ¹⁰⁵ Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafentscheide fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
1. Datensatz über Personen																
Numerus des Datensatzes über Personen (fortlaufende Systemnummer)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–

¹⁰⁴ Fassung gemäss Anhang 4 Ziff. II 13 der V vom 4. Dez. 2009 über den Nachrichtendienst des Bundes (AS 2009 6937). Bereinigt gemäss Anhang 3 Ziff. 3 der V vom 4. März 2011 über die Personensicherheitsprüfungen (AS 2011 1031), Ziff. II der V vom 14. Nov. 2012 (AS 2012 6071), Ziff. II Abs. 3 der V vom 19. Nov. 2014 (AS 2014 4461), Ziff. I 2 der V vom 3. Dez. 2010 (AS 2010 5971) und Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS 2017 563).

¹⁰⁵ Die Bezeichnung der Verwaltungseinheit wurde in Anwendung von Art. 16 Abs. 3 der Publikationsverordnung vom 17. Nov. 2004 (AS 2004 4937) auf den 1. Jan. 2015 angepasst. Die Anpassung wurde im ganzen Erlass berücksichtigt.

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafscheidefällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
Nachname, Geburtsname, Vorname	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Ehemalige Namen	E	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Geburtsdatum, -ort, -land	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Geschlecht	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Heimatort, Staatsangehörigkeit	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Eltern	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Zivilstand, Ehepartner oder Ehepartnerin	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Adresse, Wohnort unbekannt, ohne festen Wohnsitz	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Bearbeitungsvermerk (Zusatzinformationen zur Identifizierung)	E	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafrechtsentscheidungen fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
fikation von Personen)																
Aufenthaltsstatus ausländischer Staatsangehöriger	E	E	A	E	–	A	A	A	A	A	–	A	A	A	A	–
Angabe, ob Urteil	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Angabe, ob hängiges Strafverfahren	A	A	A	A	A	A	A	–	A	–	–	A	A	–	–	–
Angabe, ob pendentes Ersuchen an ausländisches Strafregister	A	A	A	A	–	A	A	A	A	A	–	A	A	A	A	–
Datum der Ersterfassung und der letzten Mutation	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
2. Datensatz über Falschpersonalien																
Name, Vorname	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Geburtsdatum	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafsentscheide fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
3. Datensatz über hängige Strafverfahren																
Nummer des Datensatzes über Personen gemäss Ziff. 1.1	A	A	A	A	A	A	A	A	-	A	-	A	A	-	-	-
Datum der Eröffnung des Verfahrens	E	E	A	E	A	A	A	A	-	A	-	E	A	-	-	-
Zuständige Verfahrensleitung	E	E	A	E	A	A	A	A	-	A	-	E	A	-	-	-
Das von der zuständigen Verfahrensleitung verwendete Referenzzeichen	E	E	A	E	A	A	A	A	-	A	-	E	A	-	-	-
Beschuldigungen	E	E	A	E	A	A	A	A	-	A	-	E	A	-	-	-
4. Datensatz über Urteile																
Nummer des Urteils (fortlaufende Systemnummer)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	-
Urteils-, Eröff-	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	-

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafentscheidungen fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
nungs- und Rechtskraftdatum sowie verurteilende Behörde																
Datum des vorinstanzlichen Urteils und vorinstanzliche Behörde	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Das von der urteilenden Behörde verwendete Referenzzeichen	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Vollzugskanton (Militärurteile)	E	A	A	E	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Tatbestand und Begehungsform	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Alkoholgehaltspromille	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Begehungsdatum (Datum oder Zeitraum)	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Art und Höhe	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafre- gister	Straf- justiz- behörden	Bundes- amt für Polizei	Militär- justiz	Personel- les der Armee (FGG 1)	Für Personen- sicherheits- prüfungen zuständige Prüfbehör- den des Bundes	Nachrich- tendienst des Bundes	Staatssek- retariat für Migration Asylbe- reich	Staatssek- retariat für Migration Aus- länder- bereich	Staatssek- retariat für Migration Bürger- recht	Vollzugs- stelle für den Zivildienst	Verwal- tungs- behörden des Bundes, die Straf- entscheide fällen	Bundes- amt für Justiz Rechts- hilfe	Bundessicher- heitsdienst (BSD) und Eidgenössi- sche Revisi- onsaufsichts- behörde (RAB)	Begnadi- gungsbe- hörden	Amnes- tiebe- hörde
sowie Vollzugs- form der Haupt- strafe (unbe- dingt, teilbe- dingt, bedingt)																
Bei Geldstrafe: Anzahl Tagess- ätze sowie Be- trag und Wäh- rung des einzel- nen Tagessatzes	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	-
Bei teilbeding- ter Strafe: Gesamthöhe sowie Höhe des bedingten Teils der Strafe	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	-
Bussenbetrag, - währung, Ersatzfreiheits- strafe	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	-
Dauer der Probezeit	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	-
Art der Mass- nahme	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	-

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafrechtsentscheidungen fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
Beim Tätigkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot: Inhalt gemäss Urteilsdispositiv, Beginn (Datum), Dauer gemäss Urteilsdispositiv, Angaben zum Ruhens des Verbots (Datum des Antritts des Vollzugs, Datum des Austritts aus dem Vollzug, erfassende Behörde), allfälliger Neubeginn des Fristenlaufs (Datum) und voraussichtliches Ende des Verbots (Datum)	E	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Dauer der angerechneten	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafentscheide fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
Untersuchungshaft																
Angabe, ob Weisung oder Bewährungshilfe	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Nebenstrafen	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Strafzumessungsregeln	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	A	–
Bei der Landesverweisung: Dauer der Landesverweisung gemäss Urteilsdispositiv	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
5. Datensatz über nachträgliche Entscheide, Vollzugsentscheide und Vollzugsdaten																
Nummer des Entscheids (fortlaufende Systemnummer)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Entscheid-, Eröffnungs- und Rechtskraftdaten	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafentscheide fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
tum																
Entscheidbehörde	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Entscheidungstyp	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Entlassungsdatum	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Strafe vollzogen, nicht vollzogen	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Massnahme (Aufhebung, Änderung oder neue Massnahme)	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Dauer der verlängerten Probezeit	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Angabe, ob Weisung oder Bewährungshilfe	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Verwarnung	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Angabe, ob Widerruf oder	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafentscheide fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
kein Widerruf																
Angabe, ob Rückversetzung oder keine Rückversetzung	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Reststrafe	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Nachträglich bedingter Strafvollzug	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Begnadigung und Amnestie	E	E	A	E	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	E	M
Beim Tätkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot: Angaben gemäss Anhang 1 Ziff. 4.17, Angaben des Referenzverbots, neuer Inhalt gemäss Entscheiddispositiv, Angaben zur neuen Dauer, Datum der Wirksamkeit	E	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	-

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafrechtsentscheidungen fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
der Änderung, Aufhebungsdatum, Angaben zu Begleitmassnahmen																
Nachträglich erhobene Vollzugsdaten bei der Landesverweisung: effektives Ausreisdatum oder verfügbares Ausreisdatum sowie Angabe des Ausreisgrundes	E	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	E	A	A	–
6. Datensatz über Ersuchen an ausländische Strafregister																
Datensatz über Personen gemäss Ziffer 1	E	E	–	E	–	–		E	E	–	–	–	–	–	–	–
Grund des Ersuchens	E	E	–	E	–	–		E	E	–	–	–	–	–	–	–
Angabe, ob Haftsache	E	E	–	E	–	–		E	E	–	–	–	–	–	–	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)											auf schriftlichem Weg				
	Bundesamt für Justiz Strafregister	Strafjustizbehörden	Bundesamt für Polizei	Militärjustiz	Personelles der Armee (FGG 1)	Für Personensicherheitsprüfungen zuständige Prüfbehörden des Bundes	Nachrichtendienst des Bundes	Staatssekretariat für Migration Asylbereich	Staatssekretariat für Migration Ausländerbereich	Staatssekretariat für Migration Bürgerrecht	Vollzugsstelle für den Zivildienst	Verwaltungsbehörden des Bundes, die Strafentscheide fällen	Bundesamt für Justiz Rechtshilfe	Bundessicherheitsdienst (BSD) und Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde (RAB)	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörde
Ersuchende Behörde und Datum des Ersuchens	E	E	–	E	–	–		E	E	–	–	–	–	–	–	–
Ersuchte ausländische Behörde	E	E	–	E	–	–		E	E	–	–	–	–	–	–	–

Anhang 3¹⁰⁶
(Art. 8 Abs. 3 und 10 Abs. 2)

Berechtigung zur Bearbeitung von Strafregisterdaten durch kantonale Behörden

A = Abfrage

E = Eintragung (Ersteintragung oder Mutation) inklusive Abfrage

M = Meldung ohne Abfrage

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)						auf schriftlichem Weg				
	Koordinationsstellen (KOST)	Strafjustizbehörden	Strafvollzugsbehörden	Ausländerbehörden	Einbürgerungsbehörden auf Stufe Kanton	Strassenverkehrsämter	Vormundschaftsbehörden ¹⁰⁷ und Adoptionsbehörden	<i>Für den fürsorgelichen Freiheitsentzug zuständige Behörden</i> ¹⁰⁸	Nach BWIS ¹⁰⁹ für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörden
1. Datensatz über Personen											
Nummer des Datensatzes über Personen (fortlaufende Systemnummer)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Nachname, Geburtsname, Vorname	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Ehemalige Namen	E	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–

¹⁰⁶ Fassung gemäss Ziff. II der V vom 14. Dez. 2007 (AS **2008** 51). Bereinigt gemäss Anhang Ziff. 2 der Adoptionsverordnung vom 29. Juni 2011 (AS **2011** 3637), Ziff. II Abs. 3 der V vom 19. Nov. 2014 (AS **2014** 4461) und Ziff. I 10 der V vom 1. Febr. 2017 über die Einführung der Landesverweisung, in Kraft seit 1. März 2017 (AS **2017** 563).

¹⁰⁷ Seit Inkrafttreten des BG vom 19. Dez. 2008 (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht; AS **2011** 725) am 1. Jan. 2013: Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.

¹⁰⁸ Seit Inkrafttreten des BG vom 19. Dez. 2008 (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht; AS **2011** 725) am 1. Jan. 2013: ist diese Spalte gegenstandslos.

¹⁰⁹ SR **120**

Geburtsdatum, -ort, -staat	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)						auf schriftlichem Weg				
	Koordinationsstellen (KOST)	Strafjustizbehörden	Strafvollzugsbehörden	Ausländerbehörden	Einbürgerungsbehörden auf Stufe Kanton	Strassenverkehrsämter	Vormundschaftsbehörden und Adoptionsbehörden	<i>Für den fürsorglichen Freiheitsentzug zuständige Behörden</i>	Nach BWIS für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörden
Geschlecht	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Heimatort, Staatsangehörigkeit	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Eltern	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Zivilstand, Ehepartner oder Ehepartnerin	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Adresse, Wohnort unbekannt, ohne festen Wohnsitz	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Bearbeitungsvermerk (Zusatzinformationen zur Identifikation von Personen)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Aufenthaltsstatus ausländischer Staatsangehöriger	E	E	A	A	A	–	A	A	A	A	–
Angabe, ob Urteil	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Angabe, ob hängiges Strafverfahren	A	A	A	–	A	–	–	–	A	–	–
Angabe, ob pendentes Ersuchen an ausländisches Strafregister	A	A	A	A	A	–	A	A	A	A	–
Datum der Ersterfassung und der letzten Mutation	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)						auf schriftlichem Weg				
	Koordinationsstellen (KOST)	Strafjustizbehörden	Strafvollzugsbehörden	Ausländerbehörden	Einbürgerungsbehörden auf Stufe Kanton	Strassenverkehrsämter	Vormundschaftsbehörden und Adoptionsbehörden	<i>Für den fürsorglichen Freiheitsentzug zuständige Behörden</i>	Nach BWIS für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörden
2. Datensatz über Falschpersonalien											
Name, Vorname	E	E	E	A	A	A	A	A	A	A	–
Geburtsdatum	E	E	E	A	A	A	A	A	A	A	–
3. Datensatz über hängige Strafverfahren											
Nummer des Datensatzes über Personen gemäss Ziff. 1.1	A	A	A	–	A	–	–	–	A	–	–
Datum der Eröffnung des Verfahrens	E	E	A	–	A	–	–	–	A	–	–
Zuständige Verfahrensleitung	E	E	A	–	A	–	–	–	A	–	–
Das von der zuständigen Verfahrensleitung verwendete Referenzzeichen	E	E	A	–	A	–	–	–	A	–	–
Beschuldigungen	E	E	A	–	A	–	–	–	A	–	–
4. Datensatz über Urteile											
Nummer des Urteils (fortlaufende Systemnummer)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Urteils-, Eröffnungs- und Rechtskraftdatum sowie verurteilende Behörde	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Datum des vorinstanzlichen	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)						auf schriftlichem Weg				
	Koordinationsstellen (KOST)	Strafjustizbehörden	Strafvollzugsbehörden	Ausländerbehörden	Einbürgerungsbehörden auf Stufe Kanton	Strassenverkehrsämter	Vormundschaftsbehörden und Adoptionsbehörden	<i>Für den fürsorglichen Freiheitsentzug zuständige Behörden</i>	Nach BWIS für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörden
Urteils und vorinstanzliche Behörde											
Das von der urteilenden Behörde verwendete Referenzzeichen	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Vollzugskanton (Militärurteile)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
In Anwesenheit, in contumaciam, Strafmandat	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Einsatz-, Zusatz-, Teilsatzurteil, Gesamtstrafe	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Tatbestand und Begehungsform	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Alkoholgewichtspromille	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Begehungsdatum (Datum oder Zeitraum)	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Art und Höhe sowie Vollzugsform der Hauptstrafe (unbedingt, teilbedingt, bedingt)	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Bei Geldstrafe: Anzahl Tagessätze sowie Betrag und Währung des einzelnen Tagessatzes	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Bei teilbedingter Strafe:	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)						auf schriftlichem Weg				
	Koordinationsstellen (KOST)	Strafjustizbehörden	Strafvollzugsbehörden	Ausländerbehörden	Einbürgerungsbehörden auf Stufe Kanton	Strassenverkehrsämter	Vormundschaftsbehörden und Adoptionsbehörden	<i>Für den fürsorglichen Freiheitsentzug zuständige Behörden</i>	Nach BWIS für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörden
Gesamthöhe sowie Höhe des bedingten Teils der Strafe											
Bussenbetrag, -währung, Ersatzfreiheitsstrafe	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Dauer der Probezeit	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Art der Massnahme	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Beim Tätigkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot: Inhalt gemäss Urteilsdispositiv, Beginn (Datum), Dauer gemäss Urteilsdispositiv, Angaben zum Ruhen des Verbots (Datum des Antritts des Vollzugs, Datum des Austritts aus dem Vollzug, erfassende Behörde), allfälliger Neubeginn des Fristenlaufs (Datum) und voraussichtliches Ende des Verbots (Datum)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Dauer der angerechneten Untersuchungshaft	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Angabe, ob Weisung oder Bewährungshilfe	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Nebenstrafen	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)						auf schriftlichem Weg				
	Koordinationsstellen (KOST)	Strafjustizbehörden	Strafvollzugsbehörden	Ausländerbehörden	Einbürgerungsbehörden auf Stufe Kanton	Strassenverkehrsämter	Vormundschaftsbehörden und Adoptionsbehörden	<i>Für den fürsorglichen Freiheitsentzug zuständige Behörden</i>	Nach BWIS für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörden
Strafzumessungsregeln	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Bei der Landesverweisung: Dauer der Landesverweisung gemäss Urteilsdispositiv, Beginn der Landesverweisung (Datum), voraussichtliches Ende der Landesverweisung (Datum), die Gutheissung des Gesuchs nach Art. 369 Abs. 5 ^{bis} Satz 3 StGB	E	E	A	A	A	A	A	A	A	A	–
5. Datensatz über nachträgliche Entscheide, Vollzugsentscheide und Vollzugsdaten											
Nummer des Entscheids (fortlaufende Systemnummer)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	–
Entscheid-, Eröffnungs- und Rechtskraftdatum	E	E	E	E	A	A	A	A	A	E	M
Entscheidbehörde	E	E	E	E	A	A	A	A	A	E	M
Entscheidtyp	E	E	E	E	A	A	A	A	A	E	M
Entlassungsdatum	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M
Strafe vollzogen, nicht vollzogen	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M
Massnahme (Aufhebung, Änderung oder	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)						auf schriftlichem Weg					
	Koordinationsstellen (KOST)	Strafjustizbehörden	Strafvollzugsbehörden	Ausländerbehörden	Einbürgerungsbehörden auf Stufe Kanton	Strassenverkehrsämter	Vormundschaftsbehörden und Adoptionsbehörden	<i>Für den fürsorgelichen Freiheitsentzug zuständige Behörden</i>	Nach BWIS für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörden	
neue Massnahme)												
Dauer der verlängerten Probezeit	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M	
Angabe, ob Weisung oder Bewährungshilfe	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M	
Verwarnung	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M	
Angabe, ob Widerruf oder kein Widerruf	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M	
Angabe, ob Rückversetzung oder keine Rückversetzung	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M	
Reststrafe	E	E	E	A	A	A	A	A	A	E	M	
Nachträglich bedingter Strafvollzug	E	E	A	A	A	A	A	A	A	E	M	
Begnadigung und Amnestie	E	A	A	A	A	A	A	A	A	E	M	
Beim Tätigkeitsverbot sowie Kontakt- und Rayonverbot: Angaben gemäss Anhang I Ziff. 4.17, Angaben des Referenzverbots, neuer Inhalt gemäss Entscheiddispositiv, Angaben zur neuen Dauer, Datum der Wirksamkeit der Änderung, Aufhebungsdatum, Angaben zu Begleit-	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	-	

Datenfeldname	mit direktem Zugriff (online)						auf schriftlichem Weg				
	Koordinationsstellen (KOST)	Strafjustizbehörden	Strafvollzugsbehörden	Ausländerbehörden	Einbürgerungsbehörden auf Stufe Kanton	Strassenverkehrsämter	Vormundschaftsbehörden und Adoptionsbehörden	<i>Für den fürsorgelichen Freiheitsentzug zuständige Behörden</i>	Nach BWIS für Personensicherheitsprüfungen zuständige Behörden	Begnadigungsbehörden	Amnestiebehörden
massnahmen											
Nachträglich erhobene Vollzugsdaten bei der Landesverweisung: effektives Ausreisedatum oder verfügbares Ausreisedatum sowie Angabe des Ausreisgrundes	E	A	E	E	A	A	A	A	A	A	–
6. Datensatz über Ersuchen an ausländische Strafregister											
Datensatz über Personen gemäss Ziffer 1	E	E	E	E	–	–	–	–	–	–	–
Grund des Ersuchens	E	E	E	E	–	–	–	–	–	–	–
Angabe, ob Haftsache	E	E	E	E	–	–	–	–	–	–	–
Ersuchende Behörde und Datum des Ersuchens	E	E	E	E	–	–	–	–	–	–	–
Ersuchte ausländische Behörde	E	E	E	E	–	–	–	–	–	–	–

